Hebammen kämpfen gegen Kaiserschnitte

Kaiserschnitte können Mutter und Kind gefährden: Das sagen die Hebammen. Sie wollen, dass Schwangere besser über Risiken aufgeklärt werden. Doch der Bund sieht keine Möglichkeit.

Von **Philipp Mäder, Bern**

Was ist besser? Eine natürliche Geburt oder ein Kaiserschnitt? Diese Frage löst nicht nur bei Müttern und Vätern Emotionen aus, sondern sorgt auch unter Fachleuten für heftige Diskussionen. Während die einen vor negativen Folgen eines Kaiserschnitts warnen, loben die anderen dessen Vorteile.

Tatsache ist: In der Schweiz nimmt die Zahl der Kaiserschnitte weiter zu. Dazu kommt, dass zwischen einzelnen Regionen extreme Unterschiede bestehen (siehe Grafik). Woran liegt das? Für die Hebammen ist die Sache klar: «Ausschlaggebend sind finanzielle Anreize», sagt Lucia Mikeler Knaack, Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes. «Gynäkologen und Spitäler verdienen bei einem Kaiserschnitt ohne grossen Aufwand viel Geld.» So ist ein Kaiserschnitt planbar, während eine natürliche Geburt ein Pikett rund um die Uhr benötigt – inklusive Personal für den Operationssaal.

Diesen Vorteilen stellen die Hebammen Nachteile entgegen. In einem noch unveröffentlichten Positionspapier führen sie Studien an, welche die Risiken eines Kaiserschnittes belegen. Demnach müssen nach einem Kaiserschnitt doppelt so viele Frauen ein zweites Mal ins Spital wie nach einer natürlichen Geburt. Auch den Kindern gehe es schlechter, sagen die Hebammen. Ein Befund, den Kinderärzte bestätigen (siehe Interview). Die Hebammen kommen deshalb zum Schluss: «Wird der Kaiserschnitt ausserhalb der medizinisch notwendigen Situationen angewendet, gefährdet er Mutter und Kind.»

Diese Botschaft wollen die Hebammen nun den Müttern klar machen. Sie sollen sich vermehrt von ihnen beraten lassen können: «Im Gegensatz zu den Gynäkologen sind Hebammen wirtschaftlich nicht an einem Kaiserschnitt interessiert», sagt Mikeler. Konkret fordern die Hebammen eine gesetzliche Verpflichtung für die Krankenkassen, ein Beratungsgespräch über die unterschiedlichen Formen der Geburt zu bezahlen.

Nun schalten sich Politiker ein

Auch Politiker wollen die steigende Zahl der Kaiserschnitte nicht länger hinnehmen. Denn laut Gesetz dürfen deren Kosten eigentlich nur übernommen werden, wenn sie medizinisch nötig sind. «Der Bund und die Krankenkassen müssen hier genauer hinschauen», fordert SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. Sie will dazu noch in dieser Session einen parlamentarischen Vorstoss einreichen.

Beim Krankenkassenverband Santésuisse rennen die Hebammen offene Türen ein mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Beratung: «Wenn damit überflüssige Kaiserschnitte vermieden werden können, übernehmen wir die Kosten für die Beratung gerne», sagt Sprecher Felix Schneuwly. Allerdings will Santésuisse nicht kontrollieren, welche Kaiserschnitte wirklich nötig sind: «Wenn Krankenkassen Druck machen, am Lebensanfang auf Leistungen wie Kaiserschnitte zu verzichten, ist das sehr heikel.»

Das Bundesamt für Gesundheit hingegen sieht keine Möglichkeit, werdende Mütter verstärkt über die Risiken von Kaiserschnitten aufzuklären: «Derzeit fehlen die gesetzlichen Grundlagen für ein solches Programm», teilt es auf Anfrage mit. «Denn die Verantwortung für das Gesundheitswesen liegt grundsätzlich bei den Kantonen.» Auch sonstigen Handlungsbedarf sieht der Bund nicht – zumindest nicht bei sich selbst: «Die Verantwortung für die Indikationsstellung im einzelnen Fall liegt beim Arzt. Handlungbedarf besteht also primär bei der zuständigen Fachgesellschaft.»

Dort hingegen, bei den Gynäkologen, sieht man keine Fehlentwicklung: «Die Quote der Wunschkaiserschnitte beträgt höchstens eins bis zwei Prozent», sagt Daniel Surbek von der Schweizerischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe. In allen entwickelten Ländern steige die Zahl der Kaiserschnitte. Dies habe medizinische Gründe – etwa das höhere Alter der Mütter mit den entsprechenden medizinischen Komplikationen oder die besser bekannten Risiken von Steissgeburten. Zudem sei ein richtig durchgeführter Kaiserschnitt mit geringem Risiko behaftet, sagt Surbek. «Man muss aber dafür sorgen, dass man das Kind nicht zu früh herausholt. Sonst kann es tatsächlich zu Atemproblemen kommen.» Wie viele Frauen nach einem Kaiserschnitt ein zweites Mal ins Spital müssen, hänge wiederum von der ambulanten Betreuung durch die Hebamme zu Hause ab, sagt Surbek.

«Normale Geburt ist am besten»

In einem gehen Surbek aber mit den Hebammen einig: «Die problemlose normale Geburt ist sicher am besten und schonendsten für Mutter und Kind.»

BILD BENOIT DECOUT/REA

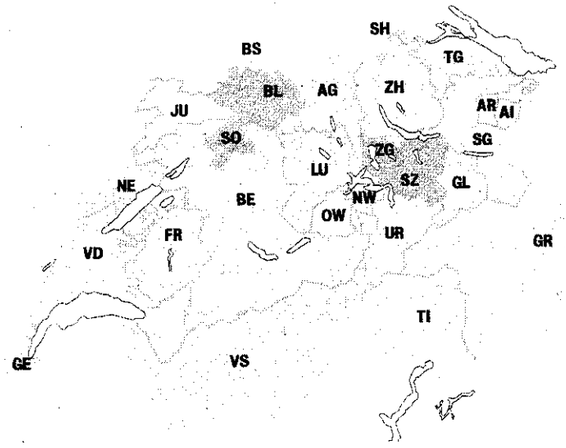
«Man muss dafür sorgen, dass man das Kind nicht zu früh herausholt», sagt Gynäkologe Daniel Surbek.

An der Zürcher Goldküste kommen Kinder häufiger mit einem Kaiserschnitt auf die Welt als im Jura

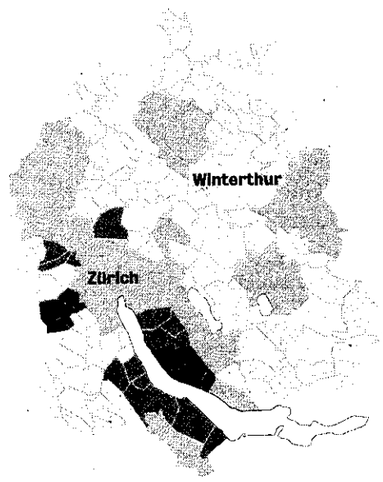
Kaiserschnitte in der Schweiz

Prozentsatz der mit einem Kaiserschnitt geborenen Kinder im Jahr 2007

15 – 20%
20 – 25%
25 – 30%
30 – 35%
35 – 40%
40 – 45%
45 – 50%
über 50%



Kaiserschnitte im Kanton Zürich



								NW	29,8	GL	27,7
ZG	40,0	ZH	34,3	UR	33,3	FR	32,3	GE	29,7	VS	26,0
SO	36,9	AR	34,2	GR	33,1	VD	32,1	TG	29,6	NE	25,6
BL	36,1	SH	34,1	AG	32,9	LU	31,3	AI	29,6	OW	21,9
SZ	35,4	TI	34,0	BE	32,6	SG	30,5	BS	29,3	JU	19,0

TA-Grafik ek / Quelle: SHV

Kinderarzt: «Kein Kind würde sich einen Kaiserschnitt wünschen»

Kinderarzt Cyril Lüdin warnt davor, ohne Not einen Kaiserschnitt zu machen. Denn diese Kinder seien gestresster und hätten häufiger Atemprobleme.

Mit **Cyril Lüdin* sprach Philipp Mäder**

Sie sehen viele Babys nach einer Kaiserschnitt-Geburt. Was ist bei diesen anders als bei Kindern mit einer normalen Geburt?

Die Kinder sind häufiger gestresst, sie haben oft Atemprobleme, die ihnen Angst machen. Vor allem bei geplanten Kaiserschnitten haben sie ein zwei- bis viermal höheres Risiko, auch längerfristig an einer Atemwegserkrankung zu leiden. Das trifft bei uns jährlich 400 bis 600 Kinder, die wir nach der Geburt intensiv überwachen und darum von der Mutter trennen müssen.

Weshalb tauchen diese Probleme auf?

Bei einer normalen Geburt geht das Kind in einen natürlichen Stresszustand, der auch die Mutter anregt. Das Kind durchläuft hirnstimulierende Phasen und kommt synchron mit dem Zustand der Mutter zur Welt. Bei einem Kaiserschnitt hingegen wird das Kind auf dem falschen Fuss erwischt. Es geht alles viel zu schnell.

Welche Probleme gibt es sonst noch?

Bei einem Kaiserschnitt geht die erste natürliche Bindung zwischen Kind und Mutter verloren. Es wird extrem gesündigt: Der lange Haut-zu-Haut-Kontakt hat keinen Platz im Operationsablauf. Diese fehlende Bindungserfahrung bewirkt schon in den ersten Lebenstagen eine Unsicherheit von Mutter und Kind.

Kaiserschnitte verhindern aber auch, dass Kinder bei der Geburt Schaden erleiden.

Das stimmt sicher. Doch wenn kein Notfall vorliegt, würde sich kein Kind einen Kaiserschnitt wünschen. In der Nachkriegszeit gab es bei der Geburtshilfe grosse Fortschritte, welche die Sterblichkeit von Müttern und Kindern stark reduzierten. Durch die Zunahme der Kaiserschnitte in den letzten zwanzig Jahren hingegen sank die Sterblichkeit nicht mehr signifikant. Im Gegenteil: Bei einem Kaiserschnitt besteht für die Mutter ein doppelt so hohes Sterberisiko wie bei einer natürlichen Geburt.

Bei wie vielen Geburten erachten Sie einen Kaiserschnitt als gerechtfertigt?

Wir gehen davon aus, dass bei 15 bis 25 Prozent der Geburten ein Kaiserschnitt medizinisch begründet ist. Je älter die schwangere Mutter ist, desto öfter wird eine Kaiserschnitt-Entbindung notwendig – zum Beispiel wegen Diabetes.

Die Rate der Kaiserschnitte beträgt mancherorts aber bis zu 60 Prozent. Wie erklären Sie sich das?

Experten vermuten finanzielle Gründe, da ein Kaiserschnitt der Klinik mindestens doppelt so viel Geld einbringt wie eine normale Geburt. Und die Mütter werden falsch informiert, auch durch uns Ärzte. Dabei erfahren sie zu wenig über die Risiken eines Kaiserschnitts. Dazu kommt, dass heute die Schwangerschaft oft als «Projekt» durchgeplant wird. Zum Lifestyle gehört dann der Kaiserschnitt. Wir geben ohne Not etwas zutiefst Menschliches preis: die erste Bindungserfahrung.

Cyril Lüdin ist verantwortlicher Kinderarzt am Bethesda-Spital Basel.

Von **Annetta Bundi, Bern**

Die Banken beteuern bei jeder G
heit, von einer Kreditklemme könn
Rede sein: Man sei nicht strenger
den. Die kleinen und mittleren Firn
chen indes andere Erfahrungen ur
den sich hilfesuchend an ihre Ve
«Ich bin wiederholt angesproche
den, bei der Kreditvermittlung zu l
sagt FDP-Nationalrat Johann Sch
Ammann, der den Verband der
nenindustrie präsidiert. Die Zinsk
nen seien schlechter geworden.
grüsst es daher sehr, dass Bundesr
ris Leuthard prüft, ob die Exportris
sicherung künftig auch Bürgschaf
Direktkredite vergeben kann.

Spezielle Zeiten verlangten s
Massnahmen, gibt Schneider-Amr
bedenken. Es ehre Bundesrätin L
dass sie nach neuen Lösungen suc
die Wirtschaftsministerin gestern
terview mit dem TA ausgeführt h
der Bundesrat die Exportrisikov
rung mit neuen Aufgaben betrau
nun davon Gebrauch gemacht wer
freut auch die Gewerkschaften.
eine gute Idee», sagt Chefökonon
Lampart. Man müsse alles tun, um
portwirtschaft zu stützen.

Banken warnen vor Einmischu

Die nun anvisierte Massnahme
die Banken indes nicht von ihrer
wortung, den Firmen weiter Kredi
ben, fügt Lampart an. «Bei den K
banken müssen notfalls die Kanto
rungen Druck aufsetzen, damit sie
ternehmen besser behandeln.» Di
nalbanken verfügten über viel liqu
tel. «Es ist ein Skandal, dass sie die
lieber horten, als es den Firmen zu
gung zu stellen.»

Solche Vorwürfe kommen bei
ken schlecht an. «Es gibt keine Ind
eine Kreditklemme», sagt Doris
stein vom Verband der Kantona
Das zeigten alle Statistiken. «W
die Kreditpolitik nicht verschär
Franz Würth von der Raiffeisen
an. Es gebe daher keinen Grund,
Staat mit einem Vehikel in die Kr
tik eingreift, das für andere Zw
schaffen wurde.» Die Exportris
cherung dient an sich dazu, Aus
schäfte abzusichern, die aufgrund
litisch und wirtschaftlich unsiche
hältnissen gefährdet sind und fi
keine privaten Versicherer gibt.

Der Gewerbeverband widersp
Banken: «Es ist wichtig, der Kredi
mehr Beachtung zu schenken.» M
nahmen zur Unterstützung exp
tierter Firmen sei es aber nicht g
braucht auch Lösungen für die i
tätigen Firmen», sagt Direkto
Ulrich Bigler. «Denkbar wäre etw
miten der Bürgschaftsorganisat
erhöhen.»

Rubrikinserate

Autos/Nutzfahrzeuge
Boote
Büro/Multimedia
Erotik
Ferien/Reisen
Finanzen/Geschäfte
Immobilien Miete
Büro-/Gewerberäume Miet
Immobilien Kauf
Büro-/Gewerberäume Kauf
Marktplatz
Mitteilungen
Privatmarkt
Todesanzeigen
www-Adressen
Zweiräder
Impressum

züritipp

Kultur/Veranstaltungen
Kunst/Antikes
Bildung/Kurse

Inseratenannahme:
Tel. 044 248 41 41, von 7.30 bis
Fax 044 248 41 91
E-Mail: inserate@tages-anzeiger
www.adbox.ch